

# Ein erster Schritt aus dem Schweigen

## A) Anlass und Absicht

Im Sommer 2022 ist in der interventionistischen Linken (iL) ein Fall sexualisierter Gewalt bekannt geworden. Im Rahmen der Bearbeitung dieses Falls hat sich die Gesamt-iL (damit ist gemeint, wenn wir über die Städte hinweg zusammenkommen und diskutieren) entschieden, den vermuteten Täter zu outen. Wie wir heute wissen und schon damals hätten wissen können, war diese Entscheidung ein Fehler.

Mit diesem Text versuchen wir als iL Köln eine erste Darstellung unserer Perspektive und Reflexion zu den Vorkommnissen gegenüber den politischen Strukturen vor Ort. Wir beziehen uns auf lokale Geschehnisse und Dynamiken und richten, was wir schreiben, an alle die in und um Köln Teil der Konsequenzen waren, die der Fall explizit hier geschaffen hat. Er soll Teil der Verantwortungsübernahme sein, die es von uns in diesem Fall braucht. Er ist aber - und das müssen wir vorweg klar sagen - kein Beitrag zur Wahrheitsfindung im Fall. Mittlerweile wissen wir, dass wir das nicht werden leisten können - auch, weil wir viele Informationen nicht haben, nicht kennen und/oder uns nicht in der Lage sehen diese abschließend zu beurteilen, nicht, weil wir es uns leicht machen wollen.

Woran wir trotz alledem weiter festhalten: Es gibt einen Fall und es gibt eine betroffene Person, die fotografische Aufnahmen von sich in einer intimen Situation gesehen hat, die ohne ihre Kenntnis erstellt worden sein müssen. Bei aller Kritik und Zweifel an dem Vorgehen der iL und einzelner Akteur\*innen ist ein Mindestmaß an solidarischer Parteilichkeit der Betroffenen gegenüber für uns notwendige Grundlage für eine gemeinsame Auseinandersetzung.

Im Folgenden wollen wir

- die Entwicklungen nachzeichnen, die aus unserer Sicht zu dem Outing geführt haben [B] Der Weg zum Outing, die Gründe und was danach geschah]
- über die Fehler sprechen, die wir bei uns und der iL im Umgang mit dem Fall herausgearbeitet haben [C] Unsere Fehler und Versäumnisse]
- Fragen, die all den Diskussionen um den Fall zugrunde liegen anreißen [D] Politische Diskussionen und Suchbewegungen]
- zum Abschluss noch einen kurzen Einblick in die Dynamiken unserer Ortsgruppe geben [E] Eine persönliche Notiz]

Dass wir die Betroffene darin nicht thematisieren, ist keine politische Positionierung, sondern nicht zuletzt das Ergebnis der juristischen Angriffe, die sie erlebt.

Mit der Veröffentlichung dieses Textes endet nichts, sie ist stattdessen ein erster Schritt, um deutlich zu machen, was uns als iL Köln in den letzten Monaten und Jahren beschäftigt hat, wie wir darüber denken und welche Grundlagen wir uns darin für unser künftiges Handeln erarbeitet haben und um darüber lokal in Kontakt zu kommen. Entsprechend ist der folgende Text quasi "einseitig". Bisher gab es nur die Veröffentlichungen von der Gesamt-iL und Einzelgespräche, weshalb der Verdacht für viele naheliegen mag, dass wir dazu nichts weiterzusagen haben.

Dass dem nicht so ist, wollen wir in dem folgenden Text herausarbeiten. Der Text dient somit einer möglichst schonungslosen Selbstkritik und fokussiert nicht darauf zu vermitteln, warum die Gesamt-iL auf eine bestimmte Weise gehandelt hat - wir finden nach wie vor, wir hatten an vielen Stellen gute Gründe und Absichten - sondern darauf alle Kontroversen, das eigene Handeln und Scheitern in den Blick zu nehmen und die Perspektive von uns Kölner\*innen zum Ausgangspunkt zu machen. Er ist auch keine Positionierung zu den zahlreichen kritischen Fragen, die sich viele hier vor Ort - verständlicherweise - geradestellen und denen wir uns als nächstes widmen müssen und werden. Nichtsdestotrotz war diese Reflexion für uns eine notwendige Auseinandersetzung und Lernprozess für alle kommenden Schritte. Der Text lässt sich, auch wenn er öffentlich zugänglich ist, nicht als öffentliches Statement zum Fall verstehen. Genau aus dem Modus der "öffentlichen Kommunikation" wollten wir heraustreten und gleichsam sicher gehen, dass jede\*r Kölner\*in gleichermaßen Zugang zum Text hat, weshalb wir uns entschieden haben ihn zu veröffentlichen. Uns ist klar, dass wir uns damit angreifbar machen, und wir können uns die folgenden Deutungen böser Zungen in illustren Farben vorstellen, sehen das aber als Teil möglicher Konsequenzen unserer Handlungen, die es nun zu tragen gilt.

## **B) Der Weg zum Outing, die Gründe und was danach geschah**

### *1) Informationsbasis des Outings*

Im Sommer 2022 veröffentlichte die Gesamt-iL ein Outing, in dem sie einem ehemaligen Genossen vorwirft, ohne Einvernehmen Bildmaterial von einer Frau während einer intimen, sexuellen Situation mit ihm gemacht zu haben. Weiter veröffentlichte die iL, dass es "Hinweise" gebe, dass er dieses Material in einem Netzwerk verbreitet habe, was systematisch Informationen sammle, austausche und taktisch versuche, Frauen zum Sex zu bewegen. Die Hinweise stammten von einer anonymen Quelle, die, basierend auf dem damaligen Kenntnisstand, zumindest so weit glaubwürdig schien, dass die iL diese Informationen nicht zurückhalten wollte.

Zu Beginn der iL-internen Auseinandersetzung wurde nicht darüber gesprochen wie genau sich der Fall zugetragen hat und welches Wissen darum es wo gab, es wurde lediglich davon gesprochen was der ehemalige Genosse getan hatte. Viele Fragen, z.B. zur Hintergrundgeschichte oder Indizienlage, drängten sich uns daher vorerst gar nicht auf. Durch diese Art über den Fall zu sprechen, unser Verständnis von Parteilichkeit und des gegenseitigen Vertrauens schien es klar zu sein, dass unsere Genoss\*innen aus guten Gründen zu dem Schluss kommen, dass C. Fotos von der Betroffenen aufgenommen und verbreitet hat. Alles andere wurde als „konkrete Hinweise“ bezeichnet, was alles Mögliche suggeriert hat, die einen (auch innerhalb der iL) gingen von validen, belastbaren Indizien aus, andere bloß von Behauptungen einer anonymen Quelle.

### *2) Beweggründe für das Outing in der gegebenen Form*

#### *2.1 Der Kontext des Outings*

Das Bekanntwerden des Falls an unterschiedlichen Stellen in der Gesamt-iL war der Diskussion zum Outing vorausgegangen. Das Outing sollte ein Signal sein, dass die iL nicht apologetisch reagiert, wenn Vorwürfe dieser Größenordnung gegenüber Mitgliedern im Raum stehen. Das ist

eine Absicht, für die viele schon lange kämpfen. Und es erschien umso bedeutsamer in einer Zeit, in der (auch) andere darin versagten konsequent und konsequent parteilich in Fällen sexualisierter Gewalt zu handeln - im Sommer 2022 war die Diskussion des (Nicht-)Handelns der PdL omnipräsent - und wir kontinuierlich mit neuen Abgründen konfrontiert: Till Lindemann, Monis Rache,...

## *2.2 Die Schwere der Vorwürfe*

Der Fall hatte seine Schärfe nicht zuletzt daraus bezogen, dass es sich nicht allein um Fotos handelte, die ohne Einvernehmen gemacht aber „nur“ privat verwendet worden seien, sondern daraus, dass die Bilder gemacht und mit weiteren Männern geteilt worden seien, die systematisch und gezielt versuchen würden, Frauen zum Sex mit ihnen zu bewegen. Die Rede war hier von Listen von Frauen, mit zugehörigen Informationen zu Taktiken, die die Wahrscheinlichkeit auf Sex erhöhen sowie von viel sexuellem Bildmaterial von unterschiedlichen Frauen. Dieses Verhalten wurde für uns nachvollziehbar als zutiefst frauenverachtend bewertet und hatte in der Systematik ein Ausmaß, das von manchen als politischer Verrat verhandelt wurde.

Weiter hieß es, dass die besagte Quelle um politische Zusammenhänge in Köln und feministische Umgänge wenig Kenntnis zu haben scheint. Daraus wurde abgeleitet, dass dieses Männernetzwerk nicht allein in politischen Kontexten agiert. Um ausreichend vor diesem Netzwerk warnen zu können, waren dementsprechend viele relativ schnell von der Vorstellung eines öffentlichen Outings, das ihn auch für Menschen außerhalb der lokalen Politbubble identifizierbar macht, überzeugt.

## *2.3 Widersprüche und Entscheidung*

Es gab aber auch von Anfang an Stimmen aus unterschiedlichen Orten der iL, die ein Outing (wegen Straffreiheit, transformativer Täterarbeit, Unglauben...) relativ grundsätzlich ablehnten. Die Diskussion war kontrovers. Die Bedenken standen aber einer überzeugten Entschlossenheit gegenüber, weshalb sich das Outing in dieser Form (ohne vollen Namen aber mit Bild usw.), also von noch größeren Undingen abgemildert, durchsetzte.

## *2.4. Die Absicht und Bedeutung und Überzeugung von der eigenen Handlung*

Das zentrale Anliegen war es einerseits mit klarer Positionierung und andererseits verantwortungsvoll mit dem Fall umzugehen, was sowohl gesellschaftlich als auch innerhalb der radikalen Linken immer wieder nicht gelingt. Das Wissen darum, dass dieser Fall schon lange „da lag“ und wir nicht einfach haltlos zum erstbesten Zeitpunkt "öffentlich gegangen sind", bestärkte das Gefühl des umsichtigen Umgangs mit dem Fall: Es war für uns eben eindeutig keine Verleumdungskampagne seitens der Betroffenen, was ihr weitere Glaubwürdigkeit bzw. ihm Unglaubwürdigkeit schenkte. Im Gegenteil, es hatte bereits andere, nicht-öffentliche Lösungsversuche gegeben, usw.

## *2.5. Mailmanipulation, nachträgliches Fallenlassen des "Netzwerkvorwurfs" und Versuch interner Aufklärung*

Einige Monate später wurde klar, dass mind. die erste Mail der anonymen Quelle manipuliert worden war und damit sämtliche Hinweise, auf deren Basis die Entscheidung für das Outing gewählt wurde, infrage stellte. Daraufhin ließ die Gesamt-iL den Vorwurf der Zugehörigkeit zu einem Männernetzwerk und der dortigen Verbreitung der Bilder fallen. Gleichzeitig hielt die iL daran fest, dass das existierende Bildmaterial am naheliegendsten darüber zu erklären sei, dass C. das Material erstellt habe - was wir in den Diskussionen von Anfang an als zu unterschiedene Formulierung in Anbetracht der Umstände thematisierten.

Nachdem die Manipulationen an Mails öffentlich wurden, veranlasste die iL eine eigenständige Beurteilung des Materials des Falls und richtete dafür eine Struktur inkl. Externer ein, um alles zu prüfen und zu bewerten. Nach zeitintensiver Diskussion darum, wer geeignete Untersuchende sind und was Ziele und Grenzen der Untersuchung sein könnten, sollte diese Aufklärung beginnen. Letzten Endes scheiterte sie dann recht früh, durch Streit darum wie eine Untersuchung abzulaufen hat und unter welchen Bedingungen sie die nötige "Unabhängigkeit" erbringt, die sie bringen sollte. Weiter fehlte der Zugang zu nötigen Materialien und Informationen (Technisches, Bilder, Mails, Chats...), so dass klar wurde, dass es zu keinem Ergebnis bzgl. der Mailfälschungen kommen würde.

Das heißt als Kölner Ortsgruppe haben wir nichts sichten und uns kein eigenes Urteil zum "Material" machen können. Dabei ist uns aber auch wichtig kurz klarzustellen, dass in dem spezifischen Fall gar nicht alles einsehbar ist und wir aus Gründen der Sensibilität des Materials auch gar nicht alles hätten einsehen wollen und auch nicht für notwendig erachtet haben. Auch wir wurden bis heute fast ausschließlich übers Außen über die Hinweise, Indizien und neueste damit verbundene Erkenntnisse und Einschätzungen informiert - ob durch K3, die jüngsten Veröffentlichungen von see red!, etc.

Nach dem Scheitern dieses Prozesses, den äußeren und inneren Zerwürfnissen und entstandenen Vertrauenslücken, ist klar, dass wir als iL also letztendlich nicht klären werden können, wer das Hinweismaterial manipuliert hat, oder die Fragen beantworten, die in den letzten Monaten für uns alle entstanden sind. Die "Wahrheit" über den Fall wird voraussichtlich verborgen bleiben. Das müssen wir uns eingestehen und von da ausgehend über nächste Schritte sprechen

Unter anderem im Rahmen dieser Auseinandersetzung um die Aufarbeitung und Untersuchung der entstandenen Fragezeichen im Fall ist für uns das Vertrauen zur beteiligten Düsseldorfer Ortsgruppe so weit verloren gegangen, dass wir derzeit nicht wissen wie eine Wiederherstellung oder weitere Zusammenarbeit künftig aussehen kann.

Klar ist aber auch, dass die iL auf die regelmäßig veröffentlichten Beweisführungen von K3, die vielen einleuchtend erscheinen mögen, nicht auf dieser Ebene reagiert hat, da eine eigenständige Verifizierung der Vorwürfe nicht möglich war/ist, sich in der Vergangenheit aber auch gezeigt hat, dass K3 Informationen auch suggestiv, reißerisch oder strittig dargestellt hat.

## **C) Unsere Fehler und Versäumnisse**

Nun einmal zur klaren Nennung, dessen, was wir selbst als Fehler oder Versagen erachten und anders hätten handeln sollen:

### **1) Wir hätten, unter den damals gegebenen Annahmen, vor Ort anders sprechen und gemeinsam handeln müssen**

Wir, vor allem als Ortsgruppe der iL vor Ort, hätten vor Ort von Anfang an, das heißt noch vor dem Outing, anders - unter anderem mit potentiellen Betroffenen - darüber in Kontakt gehen, reden, arbeiten und gemeinsam handeln müssen. Das heißt zum Beispiel, transparenter sein, in Entscheidungsprozesse miteinbeziehen, diskutieren was politisches Empowerment in solchen Fällen ist, feministische Gegenwehr von unten organisieren – da haben wir versagt. Das Operieren auf Ebene der (innerlinken) Öffentlichkeit, statt auf Beziehungsebene war ein Fehler. Wir hätten auf eine Weise mit euch, den lokalen Strukturen, sprechen müssen, die gemeinsame Verständigung und selbstbestimmte Taktiken ermöglicht.

Es wäre unsere Mitverantwortung gewesen, einen politischen Raum zu schaffen, in dem wir über reale Unterstützungswege reden oder diskutieren, welche Wege es zur Selbstbestimmung geben kann, wenn im Raum steht, dass es in der eigenen Stadt ein Männernetzwerk gibt, das systematisch Frauen benutzt. Die fehlenden Beziehungen (insb. nach dem Peak der Pandemie) haben es schwer gemacht, ein Medium für die Aushandlung zu finden: anonym schreibend, statt persönlich sprechend, mit Druck aus Not und ohne Empathie. Diese relevanten Fragen wurden nicht kollektiv von uns besprochen oder bearbeitet. Nachträglich erscheint uns z.B. sinnvoller mit Rechercheergebnissen hier vor Ort in eine FLINTA-VV zu gehen, so dass die Informationen da liegen, wo sie die Leute etwas angehen, wobei uns auch hier klar ist, dass auch dieses Vorgehen (wie jedes andere) wiederum seine Fallstricke gehabt hätte.

Wir haben zu einer Situation beigetragen, in der sich die Frage stellte, welcher Seite man glaubt oder auf welcher man steht, statt gemeinsam politische Probleme und Zielsetzungen zu formulieren und die nötigen politischen Prozesse zu organisieren. Dadurch konnten wir uns nicht mehr als politische Gegenüber begegnen und es wurden Anschlusskonflikte produziert, die tief in das Private und Soziale der Genoss\*innen vor Ort greifen.

Es ist für uns nachvollziehbar, dass das Outing lokal niemandem geholfen hat – die Handlung hat Verunsicherung gestreut, Gefühle von Verrat und Betrogenheit machten sich breit, das soziale Umfeld war unmittelbar affektiert und Misstrauen verbreitete sich in alle Richtungen. Das ist eins der vielen destruktiven Potentiale eines Outings, die sich hier - in zugespitzter Form durch die Benennung des vermeintlichen Männernetzwerks - manifestiert haben. Notwendige Fragen, um sich selbst zu verhalten, positionieren, gestalten, blieben unbeantwortet. Wir waren dafür nicht ansprechbar, aber hätten es sein müssen. Daraus entstand Orientierungslosigkeit, die zu Ohnmacht führte und in allem zerfetzte es unsere Beziehungen und sozialen Zusammenhänge und schuf unterschiedliche Echokammern. Hier war es einfach, jeweils aus der Ferne Unterstellungen zu tätigen, während wir als Gesamt-iL und iL Köln scheinbar untätig am Seitenrand standen und dieser Dynamik damit freien Lauf gelassen haben.

Das bedeutet auch, dass in der Gesamt-iL Menschen über diesen Fall verhandelt haben, für die es vor allem wichtig war, das (vermeintlich) Richtige zu tun. Auch wenn es nicht beabsichtigt war, wurde es zum maßgeblichen Kriterium "politisch/moralisch besser zu handeln als der Rest". Während es für Menschen aus der Ferne möglicherweise gute allgemeine Überzeugungen gab, gab es gleichzeitig zu viel Distanz zum Konkreten und auch persönlich und politisch wenig zu verlieren. Die Bedeutung für den Alltag der Leute hier war nicht der Ausgangspunkt der Diskussionen, weshalb wir verstehen, dass das Verhalten der iL als arrogant und Versuch der Fremdbestimmung verstanden wurde. Etwas, dass das für Menschen Konkrete in den eigenen Reihen so massiv affektiert, darf nicht nur im Abstrakten gedacht und besprochen werden.

Wir verstehen, dass das Handeln der iL im konkreten Fall und hinsichtlich der lokalen Strukturen autoritäre Wirkung hatte. Denn was blieb den Leuten vor Ort als der iL zu glauben oder eben nicht? In dem Fall ging es nicht primär um eine subjektive Erfahrung, die eine Person macht, die nicht in Abrede zu stellen ist. Es gab keinen Vorwurf, dass in einer Situation zwischen zwei Personen eine Verletzung oder ein Übergriff erlebt worden waren, sondern die Vorwürfe entstanden durch die Intervention der Quelle. Wenn Fotos ohne Einvernehmen gemacht worden sind, ist das natürlich eine Überschreitung von Grenzen und vieles mehr. Das wurde aber nicht direkt erlebt, sondern nachträglich zugetragen. Deshalb hätte es hier mehr gebraucht als eine Position oder eine Erfahrung zu teilen, der Glauben geschenkt werden sollte.

Die iL hingegen zeigte keine Transparenz zu belastbaren Indizien, keine Herleitung, sondern einen konkreten und doch vagen Vorwurf gegen eine konkrete Person und einen vagen Personenkreis. Hier ging es um Handlungen und Beziehungsgeflechte innerhalb der eigenen und miteinander verbundenen Strukturen. Darin spielt Vertrauen eine andere Rolle: Eine so große Behauptung, muss vor Ort glaubhaft sein, damit Menschen in ihren Lebensbereichen den Konflikt austragen können – „vielleicht ja, vielleicht nein“, funktioniert im Konkreten deutlich schlechter als aus der Ferne. Was tun, wenn man mit der beschuldigten Person organisiert ist, wohnt, lebt, Freundschaft pflegt oder irgendwer aus dem Umfeld involviert ist? Warum auf etwas verlassen, was irgendwer anonym irgendwem gesagt hat, v.a. wenn die Person nicht mehr adressierbar ist? Wir finden es nachvollziehbar, dass das zu vage für das eigene Handeln ist. Und dennoch: Viele haben uns - gerade auch uns als Genoss\*innen vor Ort - geglaubt, sind davon ausgegangen, dass das schon Gründe haben wird, warum die iL so handelt (so wie wir anderen vertraut hatten und von einem verantwortlichen Umgang ausgegangen sind). Dieses Vertrauen ist natürlich und nachvollziehbar geschädigt.

Den Fall und den Umgang nicht maßgeblich vor Ort zu gestalten, sondern scheinbar über die Stadt hinweg in die Stadt hinein zu operieren, erschien insbesondere aufgrund des Auseinanderdriftens und Zerbrechens der Gruppe K2 anhand der Frage des richtigen Umgangs mit C. und dem Fall nötig, war aber im Nachhinein ein Fehler. Manches ist vor allem im zwischenmenschlichen Raum, manches vor allem im lokalen Zusammenhang, adäquat und politisch richtig – wir haben das in diesem Fall zu spät erkannt und entsprechend vernachlässigt.

Auch hätte es aus unterschiedlichen Gründen bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt Unterstützung und einen Blick von außen gebraucht, nicht zuletzt, um einen deeskalativen Umgang zu finden, der tatsächlich möglichst vielen (potentiell) Beteiligten hilft.

Wir empfangen oder es kursierten anonyme Schreiben, diese ließen sich für uns aber politisch nicht ausreichend deuten. Es folgte ein Austausch von Texten mit unklaren Motivlagen, ohne das jeweilige Handeln wirklich zu verstehen und es trafen verschiedene politische Verständigungskulturen aufeinander. Wie und wo lässt sich so ein Streit geeignet führen? Auch dafür hätten wir Hilfe von Externen hinzuziehen müssen.

## **2) Wir haben ein Bedrohungsszenario geschaffen ohne die nötige daran anschließende Verantwortungsübernahme**

Uns ist klar: Ein Outing kann nichts von dem herstellen, worum es uns eigentlich gegangen wäre (Betroffenenperspektive stärken, Wehrhaftigkeit der pot. Betroffenen unterstützen, Aufdeckung). Als Gesamt-iL haben wir von Schutz geredet, wo es keinen gibt und sind der empathischen Nachsorge nicht gerecht geworden. Betroffenschutz ist in solchen Fällen keine ehrliche Maxime, weil er in der Folge gar nicht möglich ist (siehe Monis Rache). Betroffenschutz entsteht nicht durch ein Outing, weil es ein unspezifisches Mittel mit nur scheinbar breiter Wirkung ist. Das Outing hat vor allem ein diffuses Angst-/Bedrohungsszenario geschaffen.

In einem Fall, der wie dieser keine Prävention, sondern nur Nachsorge zulässt, hätten wir uns - als diejenigen, die sich auf solidarische Parteilichkeit beziehen - im Sinne der Verantwortungsübernahme und feministischen Offensive beispielsweise eher fragen müssen: Wie als Betroffene umgehen mit der Erfahrung? Wie solidarisch mit anderen Betroffenen umgehen, Kontakt herstellen, Schulterschluss eingehen und Selbstbestimmung herstellen? Braucht es Selbstschutz? Wovon? Wie kann das aussehen oder, wenn es nicht möglich ist: Was ist eine mögliche Offensive? Was braucht es an innerem Empowerment? Wie bewältigt man eine so unkontrollierbare Situation, der man im Zweifel ausgeliefert ist?

Stattdessen haben wir Kontaktangebote mit inhaltlicher Sackgasse angeboten: Es gab keine Details, keine Aufklärung, keine Strategien und Räume zum Umgang mit dem Netzwerk, nicht mal guten Kontakt oder Transparenz zum Fall. Wo sollte da das Vertrauen zwischen der iL und den potentiellen Betroffenen herkommen? Zusätzlich hat das einen iL-unabhängigen Umgang mit dem Fall erschwert und schürt (insbesondere vor Ort) ein Bild von Betroffenen erster und zweiter Klasse. Gerade in Köln zeigte sich, dass viele potentielle Betroffene sich fragen, ob sie auf Listen stehen, ob die Männer um sie herum sich so verhalten, wie wir es beschrieben haben, und kriegen dann aber nicht, was sie brauchen, um sich politisch dafür aufzustellen. Das wurde zum „Kollateralschaden“ des Outings. In der Absicht „das Richtige“ zu tun (parteilich sein, kein Raum für Täter sein), wurde das eigentlich Erforderliche (Informationen recherchieren und prüfen) und Verantwortungsvolle (in Beziehung gehen, transparent sein) im Umgang mit (potentiellen) Betroffenen unterlassen.

Das Outing mag dazu geführt haben, dass Einzelne ihre Beziehungen anders geführt und Begegnungen anders gestaltet haben – aber das ist nur ein Bruchteil der Wirkungen des Outings. Vor Ort hat es Fragen und ein diffuses Angst- und Bedrohungsszenario, vor allem unter potentiell betroffenen FLINTAs, produziert, und Menschen zunächst mit Ohnmacht und Überforderung hinterlassen. Eine einfache Entschuldigung werden die Verantwortungslosigkeit, von der unser Handeln geprägt war, und die damit verbundenen Konsequenzen für Viele nicht aufwiegen.

Wir wissen darum und können trotzdem nur sagen: Wir sehen, dass wir dieses Leid produziert haben, das tut uns leid.

### **3) Wir hätten Hinweise prüfen und recherchieren müssen**

Verantwortlich zu handeln, hätte bedeutet, nach bestem Wissen und Gewissen, unter Berücksichtigung aller Hinweise und vorliegender Fakten Entscheidungen zu treffen. Die Prüfung des Sachverhalts in einem solchen Fall ist keine Infragestellung von Parteilichkeit und keine Infragestellung der Perspektive einer Betroffenen. Verantwortlich zu Handeln bedeutet, sich über die Tragweite der Entscheidung als iL bewusst zu sein. Wenn wir uns entscheiden öffentlich und auf Organisationsebene zu handeln (nicht als Einzelperson oder kleine Gruppe), stellt sich die Frage der Verantwortbarkeit in besonderem Maße. Dafür haben wir keine ausreichenden Anstrengungen angestellt.

Wir waren als Gesamt-iL faktisch viel zu nachlässig bzgl. der Recherche zum Netzwerk, und damit nicht in feministischer Solidarität gegenüber den potentiell Betroffenen. Wir haben zu wenig Verantwortung für den Fall übernommen - das Outing vor einer Recherche war falsch. Wir verstehen, wenn diejenigen, die potentiell betroffen sind, sich verunsichert oder sogar im Stich gelassen fühlen, weil zum beschriebenen Täternetzwerk nichts weiter aufgeklärt wurde. Wir können nicht mehr davon ausgehen, dass in diesem Fall ein Täternetzwerk in der beschriebenen Form existiert hat. Das macht aber die Verunsicherung, die wir durch die nachlässige Veröffentlichung ausgelöst haben, nicht ungeschehen.

Hintergrund der Nachlässigkeit war eine mangelhafte Verständigung innerhalb der iL: Während die einen es als Teil der Verantwortung erachteten, ein solches Netzwerk auch aufliegen lassen zu müssen, weshalb sie ein Outing taktisch unklug fanden, wollten die anderen nicht länger auf der Information sitzen bleiben und sahen sich gar nicht im Stande das, was für eine Recherche erforderlich wäre, zu tun. Hinzu kam ein gestörtes Vertrauen in die Kölner Szene und ihre Strukturen, da von ihr zu diesem Zeitpunkt überregional fast ausschließlich C. schützende und die Betroffene verleumdende Stimmen zu hören waren und die damit wenig unabhängig und für eine ergebnisoffene Recherche geeignet zu sein schienen. Auch hier haben wir als Kölner\*innen versagt. Wir hätten unsere Einschätzung ernst nehmen, Zerrbilder zurechtrücken müssen und nicht in Kauf nehmen dürfen, dass die Öffentlichmachung auf uns unbekannter Basis, einer lokalen, innerlinken Auseinandersetzung vorausgeht.

Stattdessen hätte von Anfang an eine Recherchestrategie installiert werden müssen mit Menschen von vor Ort, Menschen die Täter und Umfeld kennen. Diese Struktur hätte alle Infos haben, sich Informationen und ggf. externe Hilfe beschaffen müssen. Sie hätte dabei parteilich mit der Betroffenen sein, aber in Bezug auf das Netzwerk auch ergebnisoffen recherchieren müssen. Die notwendige Offenheit ist mit der unbedingten Parteilichkeit einer Unterstützungsgruppe inkompatibel. Diese Strukturen hätten dementsprechend von Anfang an getrennt sein müssen.

Der Argumentation, dass der Fall auch materialbasiert und nicht ausschließlich erlebensbasiert ist und es genau deshalb eine Prüfung des Materials gebraucht hätte, stimmen wir zu. Die Feh-

lerkette hat die iL darüber angestoßen, dass sie eben auf Faktenebene gesprochen hat und schwerwiegende auf sogenannten „Hinweisen“ beruhende Vorwürfe veröffentlicht und in Richtung der Täterschaft von C. vereindeutigt hat. Das ist uns bewusst. Unsere Sorge ist, dass dieser Fall und wie er verhandelt wurde, zum einen dazu beigetragen hat, Betroffene in Zukunft in Beweisschuld zu bringen, wo sie es nicht sein sollten, und zum anderen das Einschalten von Justiz und Behörden zu legitimieren. Möglicherweise zu diesen Rückschlägen beigetragen zu haben, ist fatal und wir sind uns unserer Verantwortung bewusst, dass wir und andere nun genau dagegen anarbeiten müssen.

#### **4) Fehlende oder scheiternde politische Verständigung führten zu Schweigen**

Es gab und gibt keinen gemeinsamen politischen Nenner zum Outing und dem Prozess danach in der Gesamt-iL, sondern es gab immer wieder Reibungen, Widersprüche, Kritik etc. Das bedeutet, dass unser Handeln und dessen Form nie entschlossene Handlungen voller Überzeugungen, sondern kleinste gemeinsame Nenner und Kompromisse waren.

Als Organisation hatten wir, als wir uns für Verfahren und Mittel entschieden haben, keine innere Klarheit darüber, was wir haltungsbasiert und was wir informationsbasiert tun und haben uns damit gegenseitig blockiert. Dadurch waren wir immer wieder handlungsunfähig und nicht sprechfähig, wenn sich Rückfragen stellen, weil wir sie unterschiedlich herleiten und begründen würden. Dadurch sind wir auch unfähig zur gemeinsamen Bewertung oder Eigen-/Gegendarstellungen. Unser Schweigen in all der Zeit war also nicht taktisch, sondern Ausdruck der Unfähigkeit und der Unmöglichkeit einer gemeinsamen Sprache über den Fall. Wir fanden die Diskussionen zu Fragen wie: "Welche politischen Konsequenzen und nachhaltigen Effekte wird das Outing haben und wie wollen wir damit umgehen?" notwendig, aber unzureichend, andere waren von ganz anderen Fragen umgetrieben. Es gab unterschiedliche Prämissen, kein gemeinsames Verständnis der Bedeutung der Situation, verschiedene Blickwinkel, ... und wir waren nicht in der Lage trotz dessen oder damit einen konstruktiven Umgang zu finden.

#### **5) Die moralische aufgeladene hat uns eine Weitsicht erschwert**

Zu den politischen Dissensen und unterschiedlichen Informationsständen kommt hinzu, dass Gespräche und Auseinandersetzungen zu sexualisierter Gewalt oft stark aufgeladen sind und waren. Nachfragen und Informationswünsche sind für uns nicht ausschließlich Ausdruck von mangelndem Vertrauen oder fehlender Parteilichkeit, sondern können aus dem Bemühen um verantwortlichen Umgang entstehen - diesen Spagat haben wir in den Gesprächen nicht geschafft. Es darf natürlich nicht darum gehen, etwas 100%ig wissen zu müssen, aber wir hätten abwägen und klären müssen, für welche Handlung es reicht unser gegenseitiges Vertrauen zur Grundlage zu machen und wo es mehr braucht – diese Verständigung und Klärung haben wir nicht ausreichend vorgenommen.

Das war aufgrund der stark moralisch aufgeladenen Gesprächskultur - sowohl im Innen als auch im Außen - umso schwieriger. Allzu oft waren unsere Aushandlungen geprägt von Unterstellungen negativen Annahmen übereinander. Das ist vor dem Hintergrund, wie viele C.s Geschichte unhinterfragt übernommen haben und die Betroffene diffamierten, teilweise verständlich. Gleichzeitig sagt selbst unser Leitfaden, dass es Raum für Fragen und Zweifel braucht. Den

gab es kaum, denn von Anfang an entstand Spannung aus der Dynamik, Fragen als Ausdruck mangelnden Vertrauens/Parteilichkeit zu deuten.

Durch die aufgeladene Stimmung wurden also Fragen zum „Verstehenwollen“ schnell zum „Infragestellen“, was sowohl zu Verunsicherung als auch zu Frust führte. In einer Haltung der feministischen Überlegenheit und politischen Feindschaft und Misstrauen, war es uns nicht mehr möglich in die Richtung einer politischen Lösung zu denken.

Stattdessen wurde ein falscher Widerspruch zwischen Parteilichkeit und anderen politischen Anliegen aufgemacht (z.B. verantwortungsvollem, durchdachten Handeln), den wir als Organisation einseitig und deswegen falsch aufgelöst haben. Die Fragen, was wir brauchen, um zu veröffentlichen (nicht, um zu glauben), was passiert ist, konnte nicht gelingend gelöst werden.

### **6) Die Mehrdeutigkeit und Instabilität unserer eigenen Entscheidungen erschwerte einen gemeinsamen politischen Umgang**

Weil wir nichts zum konkreten Fall sagen konnten, mussten wir unabhängig davon begründen, warum wir das Mittel des Outings für angemessen erachtet haben. Das hat die existierenden Widersprüche und die fehlende innere Einigkeit darüber deutlich gemacht.

Auch durch diese Unklarheit hat am Ende das Outing zur Verschiebung des Fokus auf die inneren Abläufe, Verfahrensweisen und Mittel unserer Organisation beigetragen: Warum macht ihr das? Auf welcher Grundlage? Dabei wäre es viel wichtiger gewesen, zu einem kollektiven politischen Umgang mit dem Fall zu kommen - das haben wir durch das schlechte Fundament unserer Entscheidungen verbaut.

### **7) Wir haben uns nicht (ausreichend) mit darunterliegenden Dynamiken auseinandergesetzt**

Außer die Tat zu ächten, haben wir uns wenig mit der ihr unterliegenden Struktur und unserer Verwobenheit darin beschäftigt.

Auch die iL war und ist voll mit Männern, die patriarchales Verhalten mit in den Politikbetrieb bringen. Wenn wir den Fall ernst nehmen, hätte sich selbstkritisch die Frage gestellt werden müssen: Welche Ermöglichungsbedingungen gibt es innerhalb der iL für solche Taten? Wie gehen wir damit um? Wie geht man politisch damit um, damit sowas nicht mehr passiert? Wie umgehen damit, dass das Potential zu so einer Tat so nah an uns dran ist und nicht nur zufällig Einzelne von uns erwischt, sondern die Kontakte und Informationen, die ausgetauscht wurden klaren iL-Kontext hatten? Dabei brauchen wir eine differenzierte Diskussion, die qualitativ zwischen Redeverhalten und sexualisierten Übergriffen unterscheidet statt mit Begriffscontainern wie „Macker“ zu arbeiten, aber dennoch in der Lage ist Zusammenhänge zwischen verschiedenen Ebenen zu erkennen und zu adressieren.

Es ist bezeichnend, dass an zu vielen Stellen - innerhalb und außerhalb der iL - Männer und ihre Beziehungen (zueinander) den Fall bzw. wie er verhandelt wurde, geprägt haben. Es ist bezeichnend, dass es zu Konfrontationen oder ernsthafter Auseinandersetzung mit den diversen Platzhirschen nicht gekommen zu sein scheint. Wie gehen wir damit als politisches Problem um? Wie gehen wir damit um, dass sie zum Teil wichtige Arbeit und richtige Punkte machen,

aber selbst Teil des Problems sind? Wie gehen wir damit um, wenn diese richtigen Punkte dennoch kein Versuch einer feministischen Bearbeitung sind?

An dieser Stelle haben wir im Moment noch viele offene Fragen und keine befriedigenden Antworten.

In dem Vorhaben das Richtige zu tun, hat das Outing also im Konkreten versagt: Diese nach wie vor richtige Absicht (sexualisierte Gewalt in den eigenen Kontexten nicht zu vertuschen oder verharmlosen) durch ein Outing umzusetzen, hat das Ganze für die Menschen vor Ort symbolisch, selbstreferentiell und moralisch werden lassen.

Die Handlung der iL scheint am Ende für die meisten hier nicht mehr bedeutet zu haben, als ein Zeichen setzen zu wollen. Eine reale Nachsorge oder Verantwortungsübernahme hat es durch die diversen Veröffentlichungen und fehlenden Gespräche nicht gegeben. Das bedeutet, dass andere seitdem in der Position waren und noch immer sind, Arbeit, die wir (vorher, gründlicher, schneller) hätten leisten müssen, zu leisten.

## **D) Politische Diskussionen und Suchbewegungen, die es durch den Fall und darüber hinaus gezielt zu führen galt und gilt**

### **1) Parteilichkeit**

Wir werden Betroffene weiterhin nicht zuerst in Frage stellen, sondern ihnen glauben. Glauben zu schenken, ist ein wichtiger Ausgangspunkt in der Unterstützung von Betroffenen. Diese beiden und andere hart erarbeitete und wertvolle Umgänge in konkreten sozialen Bezügen (z.B. für Unterstützer\*innengruppen wie sie im Leitfaden stehen) halten wir im Sinne der Parteilichkeit für richtig.

Wir finden es richtig, im Sinne von Betroffenen zu agieren (statt gegen sie oder ausschließlich an ihnen vorbei). Es ist wichtig, sich für Betroffene einzusetzen, für die Interessen Geschädigter einzutreten und sie nicht allein zu lassen, es ist wichtig, ihre Perspektiven, Sicht und Anliegen zu vertreten, wenn sie sonst ungehört und unverstanden bleiben. Es ist wichtig, dafür einzustehen, dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt – und das im Zweifel auch gegen Andere durchzusetzen. Es ist wichtig, dass Bedürfnisse und Bedarfe gestillt werden und wir sehen es als unsere Pflicht an, dafür einzutreten und dabei zu unterstützen, dass das, was der Wiederherstellung, der Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit dient, gemeinsam durchgesetzt wird. Wir finden es richtig, dass Betroffene Unterstützung darin erfahren sich zu verteidigen, wo es nötig wird.

Aber: Solidarische Parteilichkeit heißt nicht den moralisch eingängigeren Weg zu wählen oder die Verantwortung abzugeben, sondern Informationen ernst zu nehmen, sich den Fall zu eigen zu machen und eigenständige politische Gedanken und Schlüsse zu entwickeln – nie mit dem Ausgangspunkt alles in Frage zu stellen, sondern mit dem Ziel gemeinsam und klug eine Reaktion auf einen frauenverachtenden Angriff zu erarbeiten. Das bedeutet im Zweifel auch, sich (an der richtigen Stelle, im richtigen Ausmaß, zärtlich im Umgang aber hart in der Sache...) zu rei-

ben. Das steht der Parteilichkeit nicht notwendigerweise im Weg und erfordert sowohl Empathie, Vertrauen als auch Mut. Das ist uns nicht in ausreichendem Ausmaß gelungen.

Eine Parteilichkeit, in der jedem Ziel und jedem Mittel ohne Verständigung Folge zu leisten ist, bewerten wir als autoritäre Auslegung bzw. Praxis. Mit vorgekauften, dogmatisch/gebetsmühlentartig wiederholten Antworten entmündigen wir uns selbst. Bei einer so aufgeladenen Auseinandersetzung ist die Reflektion eigener Gefühle und Deutungen unabdinglich. Das ist uns immer wieder nicht ausreichend gelungen.

## **2) Die Vertrauensfrage**

Als Organisation arbeiten wir im Großen wie im Kleinen arbeitsteilig. Letztlich kann unsere politische Arbeit auch nicht anders funktionieren, denn wir müssen zwar gemeinsam politisch bestimmen, ob wir eine Demo zu Thema X machen wollen. Wo dann aber der Transpi-Stoff besorgt wird, kann auch eine Person allein entscheiden, die diese Aufgabe übernimmt. Unsere Arbeitsteilung ist aber nicht allein organisatorischer Natur. Auch inhaltlich gibt es immer wieder Zusammenhänge, die mehr Wissen zu bestimmten Themen haben, Vorschläge zur politischen Arbeit erarbeiten und diese nach der Entscheidung auch umsetzen. Diese Form der Arbeitsteilung funktioniert nur mit Vertrauen. Wir fassen Entscheidungen im Konsens und gehen dann davon aus, dass Personen, die diesen Konsens mittragen, in dessen Sinne Entscheidungen treffen. Wir gehen erstmal davon aus, dass wir uns auf die Aussagen und Einschätzungen unserer Genoss\*innen verlassen können, so wie wir es im politischen Alltag ständig tun, wenn wir Diskussionen führen oder gemeinsam auf Aktion sind. Genauso gehen wir erstmal davon aus, dass Genoss\*innen besonnen und verantwortungsvoll handeln. Arbeitsteilung und Vertrauen sind dabei aber kein Dogma, dem wir uns unterwerfen, sondern etwas Erprobtes aus unserer Arbeitsweise und ein wertvoller Schatz, auf den wir in unserer politischen Arbeit angewiesen sind und zurückgreifen können.

Die Implikationen, die diese Art von Arbeitsteilung und Vertrauensvorschuss haben, hatten in diesem Fall jedoch eine andere Wirkung als z.B. bei der Einschätzung von politischen Akteur\*innen oder der Wirksamkeit einer Aktion. Und Kontrolle hätte in diesem Fall auch im Sinne der Kontrollierten sein müssen, zur Absicherung, zur kollektiven Klarheit darüber, dass wir uns der Grundlage, auf der wir Entscheidungen treffen, sicher sind.

Es ist für uns erschreckend, uns selbst in so einer Situation wiedergefunden zu haben. Wir haben die Verantwortung abgegeben und gemerkt, dass die Grundlage für eine eigene Einschätzung nicht vorhanden ist – in manchen arbeitsteiligen Prozessen ist das eine für uns gut funktionierende Arbeitsweise. Wir hätten hier aber sehen und verstehen müssen, dass es sich um eine andere Qualität handelt als sonst.

Der Mangel an Kontrolle hat uns außerdem anfällig gemacht für den Missbrauch des gegenseitigen Vertrauens und diesen hat es gegeben. In bestimmten Entscheidungen wurde schlicht die Unwahrheit gesagt, um die Gesamt-iL in ihrer Entscheidungsfindung zu beeinflussen. Mehr Kontrolle wäre hier nicht als Absicherung der Kontrollierten notwendig gewesen, sondern tatsächlich für die große Mehrheit der Organisation, deren Vertrauen so missbraucht wurde, was nicht zuletzt auch zu einer dauerhaften Störung von Vertrauensverhältnissen geführt hat.

Mit Blick auf Beteiligte des Falls, sowohl auf den Beschuldigten in Köln, als auch eine maßgebliche Person in Düsseldorf, wäre mehr Kontrolle nochmal in besonderem Maße erforderlich gewesen, um schlicht sicher zu gehen, dass tatsächlich die Klärung des Falls im Zentrum des Handels steht und keine eigenen unlauteren Ziele. Ein Verdacht, der sich mittlerweile aufgedrängt hat.

Damit hinterlässt der Fall neben einem bitteren Nachgeschmack für uns bislang unbearbeitete Fragen wie: Wie damit umgehen, dass wir grundsätzlich auf Vertrauen angewiesen sind? Ab wann braucht es mehr als das?

### **3) Kölner Kontext: Ein multiples Versagen durch Dynamik und Projektionen**

Im Umgang mit den Vorwürfen spitzten sich zwei andere Befürchtungen zu. Einerseits, dass Männer, mit Beweislast argumentierend, Betroffene, nicht nur im Kleinen und Privaten, sondern in der „politischen Öffentlichkeit“ diskreditieren und ihre alten Kumpels schützen, weil die eigenen alten Bekannten keine Täter sein können.

Andererseits die Befürchtung, dass die "autoritäre iL" mit der großen Bedeutung ihrer Handlungen einen Fall schafft, der in Zukunft die Tür weiter dafür öffnet haltlos Menschen (mindestens) ihres politischen Lebens, wie sie es bisher hatten, zu berauben.

Die einen waren sich schnell sicher: „Männer, die das tun, sind keine Linken. Es gibt keinen Grund mit Ihnen zusammenzuarbeiten.“ Die anderen hingegen scheinen nie auf einen solchen Schluss kommen zu wollen und in jedem Fall an der Suche nach der Unschuld des Täters festhalten zu werden. Wir haben über Geschichten und wenig über Gründe gesprochen. Es wurde versucht sich gegenseitig von den eigenen Weltbildern, Realitäten und Verzerrungen zu überzeugen (Männer sind Täter vs. Beschuldigungen werden ungründlich hochskaliert) – beides hat seine Herleitungen, die mit der Realität zu tun haben. Beide Befürchtungen haben sich über großen Druck, Kompromisslosigkeit und viel Abwehr und Angriff geäußert. Nichts davon war der feministischen Solidarität dienlich. Umsicht, Nachsicht, Empathie und Verständigung sind von nahezu allen Seiten ausgeblieben. Für uns war nicht zuletzt deshalb der Umgang mit K3 (mit ihren unterschiedlichen Rollen und Involviertheiten) eine schwierige Aufgabe. Wir begegneten Namen und Gesichtern, die schon vor dem Outing die Betroffene diskreditiert und diffamiert hatten – zu dem Zeitpunkt lag nichts vor, um den Fall einfach „abzutun“, außer der Erzählung des Beschuldigten. Weiter wurden Genoss\*innen unter Druck gesetzt und belagert und ihre kommunizierten Grenzen nicht geachtet. Sie boten an, Helfer\*innen zu sein, wurden Ankläger\*innen und Forensiker\*innen. Uns schien, dass sich Teile von ihnen ausschließlich mit „dem Konkreten“ und gar nicht mit „dem Abstrakten“ im Sinne einer politischen Bewertung ihrer Handlungen beschäftigten.

Hinzu kam, dass über den Fall andere schwelende Konflikte mitverhandelt wurden und zur Eskalation beigetragen haben, egal ob Grundsatzkritik an postautonomen Organisationen wie der iL, Kritik an autoritären Praxen von Definitionsmacht, Kritik an Einzelpersonen, Verletzungen und offene Rechnungen aus vergangenen Konflikten.

In dem ganzen Fall spielen natürlich auch die geoutete Person und ihr Handeln eine Rolle. Schon sehr früh entstand der Eindruck, dass er nicht fair spielt, nicht verantwortungsvoll han-

delt und völlig unangemessen gegen die Betroffene vorgeht. Das liegt unter anderem an seiner verdrehten Erzählung von einer Verleumdungskampagne weit bevor der Fall in der iL diskutiert wurde. Besonnenes Handeln für eine Deeskalation und dem Versuch einer gelingenden Verständigung blieben, in dem was wir mitbekommen haben, aus. Weiter noch: C. hat seine Gruppe und die iL verlassen und sich nur noch dazu bereit erklärt mit denjenigen zu sprechen, die ihm glauben. Unter der Bedingung war der Raum für Fragen oder seine Beteiligung an einer Aufklärung deutlich erschwert. Teilweise wurde es seitens der iL auch nicht als „unsere Aufgabe“ erachtet ihm dann noch weiter „hinterherzurennen“. Die Verhärtung der Fronten und das Misstrauen und die geringe Hoffnung auf eine gemeinsame Bearbeitung haben also früh begonnen.

Das soll nicht heißen, dass die gesamte Verantwortung für das Outing oder auch andere Fehler, die die Gesamt-iL und wir gemacht haben, bei ihm liegen. Wir wollen aber klarstellen, dass C. nicht einfach "Opfer" der Organisation geworden ist. Er hat entschieden, sich auf eine bestimmte Art zu verhalten und er hätte sich auch anders entscheiden können.

### **E) Eine persönliche Notiz von uns**

Ehrlicherweise, und das sagen wir hier nicht als etwas hinter dem wir uns verstecken wollen: Als Kölner\*innen waren wir schlichtweg vollkommen überfordert. Die Zeit, die wir brauchten, um das ganze Feld zu durchsteigen und durchdenken, um eine überzeugende Position in die Gesamtorganisation zu formulieren, gab es nicht und teilweise überstiegen die Anforderungen auch unsere kognitiven, emotionalen und politischen Fähigkeiten. Wir waren nicht überzeugt von dem Outing, aber hatten auch keine bessere Idee. Einen kleinen zeitlichen Aufschub, den wir in der Organisation aushandelten, konnten wir letztlich auch nicht sinnvoll nutzen. Unser Denken war schon viel zu sehr davon eingenommen, sich mit dem Für und Wider des Outings zu befassen, als dass wir in der Lage gewesen wären, Alternativen zu entwerfen.

Letztlich haben wir das Outing mitgetragen, mit Bedenken, aber dennoch. Die nebulöse Lage war für uns eine Zerreißprobe, gleichsam war es für uns auch ein Indikator dafür, dass relevante Teile zutreffend sein müssen – die Kompliziertheit und Undurchsichtigkeit der Gemengelage haben wir in Richtung eines Indikators für den Wahrheitsgehalt aufgelöst. Wer sollte sich so einen Fall schon ausdenken? Wir haben uns von unseren Ängsten, die bzgl. der lokalen Szene und der Gesamt-iL hin und her wanderten, aufhalten lassen. Moral hat die Gespräche in der iL und darüber hinaus maßgeblich geprägt und damit verunmöglicht. In all dem war es uns nicht mehr möglich in die Richtung einer politischen Lösung zu denken.

Darin wurden wir einsam. Am Ende des Tages hat die Auseinandersetzung um den Fall uns lahmgelegt, ganz allgemein als politische Gruppe, aber auch als Subjekte in dieser Stadt und im Umgang mit dem Fall ganz persönlich. Das geht sicher nicht nur uns so. Wir haben den politischen Kompass vor lauter offener Baustellen verloren und die meiste Kraft in die Ortsgruppe und die Gesamt-iL gesteckt, weil dies zentrale Orte der Auseinandersetzung für uns waren. Als Gruppe hatten wir dazu noch andere Baustellen als den Fall selbst: Selbsterhalt, Positionierung finden und zerfallen lassen, das Geschehen verfolgen, dem Kopf über Wasser halten. Es gab auch viel Wut, weil uns vieles ungerecht und destruktiv erschien. Zwischen den Stühlen zwi-

schen anklagen und angeklagt werden haben wir uns vor Ohnmacht in der Sprachlosigkeit wiedergefunden. Es war kein taktisches Schweigen, es war die Unfähigkeit in dieser Gemengelage zu sprechen.

Im Nachhinein wissen wir: Wir hätten - statt uns nur darauf zu konzentrieren innerhalb der Gesamt-iL Prozesse anzuschließen und mitzugestalten, in der Hoffnung, dass daraus etwas in unserem Sinne erwächst - parallel vor Ort agieren müssen. Das haben wir zu spät gemerkt und angefangen zu tun. Als lokale Strukturen hätten wir viel früher gemeinsam sprechen müssen und uns innerstädtisch verständigen müssen, um uns gemeinsam zu verhalten und zwar bevor alles seinen Lauf genommen hat.

## **F) Abschluss**

Wir haben als Kölner iL-Gruppe von dem Fall mitbekommen, ihn diskutiert, Entscheidungen getroffen, nicht getroffen und doch immer mitgetragen. Wir haben Fehler gemacht, fahrlässig gehandelt oder auch gar nicht gehandelt. Wir haben einen entscheidenden Anteil an der Misere, die der Umgang mit dem Fall darstellt, und vor der wir nun gemeinsam stehen.

Als Kölner\*innen waren wir mehr oder weniger an allen Prozessen der Gesamt-iL beteiligt, haben uns mal klar und mit mehr Vehemenz, mal weniger mit Bedenken zum Umgang eingebracht, aber letztendlich alles mitgetragen. Mit dem Bild einer iL, die "autoritär über die Köpfe der Kölner iL-Gruppe hinweg entschieden hat", würden wir es uns zu leicht machen und uns der Verantwortung entledigen, die wir hatten. Unser Handeln bezieht sich auf Entscheidungen, die wir unter (zum Teil) selbstgewähltem Zeitdruck für Viele treffen. Wir haben an Stellen, an denen es nötig gewesen wäre, nicht gemeinsam die Reißleine gezogen. Wir hätten das Outing unter den gegebenen Bedingungen und Voraussetzungen nicht mittragen dürfen und sind der Verantwortung, die ein solches Outing bzw. ein solcher Vorwurf oder Fall erfordert hätten, nicht nachgekommen.

Dafür wollen wir jetzt Verantwortung übernehmen und formulieren deswegen diesen Text. Er ist keine abschließende Position zu dem ganzen Komplex, sondern ein erster Schritt uns jenseits von vertraulichen Gesprächen systematisch zu dem Geschehenen zu äußern. Er ist ein Anfang und markiert für uns einen nächsten Schritt in der schon lange währenden Bearbeitung und Aufarbeitung der Vorkommnisse, die nach wie vor nicht abgeschlossen ist. Dabei war er auch ein notwendiger Schritt im Lernprozess dazu, was ein verantwortungsvoller Umgang in Anbetracht von Vorwürfen, die nicht final ausgeräumt oder erhärtet werden können, bedeutet, statt sich an Schuldfragen aufzuhängen.

Wie bereits zu Anfang geschrieben, gibt es Gründe, warum wir uns in diesem Text nicht zur Betroffenen äußern. Wir finden es richtig im Sinne von Betroffenen zu agieren (statt gegen sie oder ausschließlich an ihnen vorbei). Das ist allerdings an konkrete Voraussetzungen geknüpft, die nicht zuletzt durch die juristischen Prozesse gegen sie, aber auch durch das Versagen der iL aktuell kaum erfüllt sind. Unabhängig davon, heißt sich für die Betroffene einzusetzen für uns auch, sich den Diffamierungsversuchen ihr gegenüber entgegenzustellen. Daran halten wir weiter fest.

Den Text verfassen wir als Kölner Ortsgruppe. Mit Blick auf die gesamte iL gibt es Teile der Organisation, die unsere Analysen und Einschätzungen (teilweise) teilen. Andere teilen sie nicht. Wir werden auch darüber innerhalb der iL im Gespräch bleiben, aber uns ist klar, dass wir hier vor Ort nicht länger schweigen und abwarten können. In persönlichen Gesprächen haben wir schon über nächste Schritte gesprochen, die der Wiederherstellung und Schadenbegrenzung dienlich sein sollen, die nicht Teil der Veröffentlichung sind. Dabei geht es z.B. um Fragen wie Verantwortungsübernahme gegenüber den (potentiell) Betroffenen konkret aussehen muss, wie wir uns zum Geouteten verhalten, was unser Verhältnis zum beschuldigten Genossen in Düsseldorf betrifft. In unserer Auseinandersetzung werden wir u.a. neben tiefergehenden Analysen dazu durch welche Ausgangslagen und Dynamiken das Outing in die Welt gekommen ist, auch darüber sprechen, was es stattdessen bräuchte. Aber: Der Fall hat starke Kräfte für alle im Fall Beteiligten und den Fall Verfolgende entwickelt, deshalb setzen und hoffen wir auf einen besonnenen Umgang mit den politischen Fragen und miteinander.